

// Vorsitzende //

---

## **Protokoll der GEW-Anhörung zum Ganzttag am 18. Juni 2025**

**Veranstalter:** GEW Hessen **Anlass:** Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab dem Schuljahr 2026/27 in Hessen. Die Veranstaltung fand in Form einer Anhörung statt. So konnten zahlreiche Akteure zu Wort kommen, die von dem kommenden Rechtsanspruch betroffen sind. **Ort:** Gewerkschaftshaus in Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, 60329 Frankfurt.

### **Einführung und Hintergrund (Thilo Hartmann, Vorsitzender der GEW Hessen)**

Thilo Hartmann, der Vorsitzende der GEW Hessen, eröffnet die Anhörung. Er betont, dass der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Hessen ab dem Schuljahr 2026/27 zunächst für die erste Klasse gilt. Dann kommt jedes Jahr eine weitere erste Klasse hinzu, bis der Rechtsanspruch im Jahr 2030 die alle Grundschuljahrgänge umfasst. Während die Umsetzung dem Sozialministerium sowie den Schulträgern und Schulen obliegt, ist die inhaltliche Ausgestaltung Aufgabe des Hessischen Ministeriums für Kultus, Bildung und Chancen.

Die GEW Hessen, so Thilo Hartmann, nimmt eine große Unsicherheit bezüglich der genauen Umsetzung wahr, insbesondere in Bezug auf erforderliche Ressourcen wie Personal, Unterhaltung und Investitionen in die Infrastruktur und Gebäude. Hartmann zitierte Kultusstaatsminister Dr. Manuel Lösel, der den Ganzttag als große Chance bezeichnete und sagte: „Ich glaube, das wird gut.“ Thilo Hartmann merkt an, dass Glaube zwar eine individuelle Option sein kann, man sich allein darauf aber nicht verlassen sollte, insbesondere angesichts bestehender Mängel und Unsicherheiten.

Thilo Hartmann bedauert, dass weder das Kultusministerium noch das Finanzministerium der Einladung zur Anhörung folgen konnten. Leider hätte die Landesregierung bisher kein Konzept für die Umsetzung der Ganztagsplatzgarantie vorgelegt. Für Hessen seien keine Daten zum Personal im Ganzttag verfügbar, was eine qualitätsbasierte Steuerung von Ganztagsprogrammen unmöglich machen würde. Der Ganzttag in Hessen sei eine „Black Box“.

Thilo Hartmann berichtet, dass die GEW Hessen im Sommer 2022 versucht hatte, diese Datenlücke durch eine eigene Umfrage bei den Schulträgern zu schließen, um den Platz- und Personalbedarf sowie die Kosten zu prognostizieren. Dieser Versuch musste jedoch als gescheitert angesehen werden, da nur 16 von 33 Schulträgern antworteten und die meisten keine verwertbaren Angaben zum Personal machen konnten, da oft Einstellungen über Fördervereine oder freie Träger erfolgen.

### **Teilnehmer der Anhörung (Expert\*innen)**

Die Anhörung war in drei Blöcke unterteilt. Folgende Expert\*innen waren anwesend:

- **Block 1:**
  - Heike Hofmann, Hessische Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales
  - Alexander Schaposchnikov, Referent für den Hessischen Städtetag
  - Sylvia Weber, Stadträtin der Stadt Frankfurt (Dezernentin für Bildung, Immobilien und Neues Bauen)
  - Mario Börngen, Fachdienstleiter Ganztagschule, Landkreis Groß-Gerau
  - Dr. Pia Rother, Universität Mainz
- **Block 2:**
  - Dorit Schößer, Hauptpersonalrat Schule
  - Thomas Obeth, Stellvertretender Vorsitzender des Landeselternbeirats von Hessen
  - Luca Dobrita, Landesschüler\*innenvertretung Hessen
  - Birgid Oertel, Elternbund Hessen e.V.
  - Heidi Fischer, Grundschulverband (Schulleiterin)
  - Susanne Johann / Sem Jenai, Landesverband Hessen des Ganztagschulverbandes
  - Jürgen Metzger, Antoniushaus gGmbH (Vertreter des Kommissariats der katholischen Bischöfe im Lande Hessen)
- **Block 3:**
  - Ulrike Berger, Geschäftsführerin, ASB Lehrerkooperative (begleitet von Gwendolyn Hartung)
  - Steve Kote, Betriebsrat bei der ASB Lehrerkooperative (Sozialarbeiter und ehrenamtlicher Referent für Sozialpädagogik im Landesvorstand der GEW Hessen)
  - Tina Simon, Bündnis Kindgerechter Ganztag
  - Susanne Hilf, Landesvereinigung Kulturelle Bildung Hessen e.V.
  - Tim Döring, Sportjugend Hessen im Landessportbund Hessen e.V.
  - Nadine Wacker, Stellvertretende Vorsitzende des Hessischen Jugendrings e.V.

## 1. Allgemein: Gefühle zum Rechtsanspruch

Die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz für Grundschul Kinder ab dem Schuljahr 2026/27 wurde grundsätzlich positiv aufgenommen, das Vorhaben ist für die meisten Teilnehmenden aber auch mit erheblichen Unsicherheiten und Skepsis verbunden.

- **Heike Hofmann (Hessische Sozialministerin):** Heike Hofmann begrüßt den Rechtsanspruch ausdrücklich und sieht darin eine große Chance für die individuelle Förderung jedes Kindes sowie für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie betonte die Notwendigkeit, einen guten Start und ein Fundament für Bildung zu legen, insbesondere da ein Fünftel der Kinder in Armut leben und über ein Drittel Migrationshintergrund haben. Die Umsetzung erfolge schrittweise, beginnend im Primarbereich.
- **Alexander Schaposchnikov (Hessischer Städtetag):** Alexander Schaposchnikov bestätigt die Wichtigkeit des Ganztags für Kinderförderung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Steigerung der Wirtschaftlichkeit. Er kritisierte jedoch, dass die Verantwortung zunehmend auf die Kommunen verlagert wird, wenn es ernst wird.
- **Sylvia Weber (Stadt Frankfurt):** Sylvia Weber sieht dem Rechtsanspruch positiv entgegen, da Frankfurt aufgrund einer 25-jähriger Erfahrung gut vorbereitet sei.
- **Mario Börngen (Landkreis Groß-Gerau):** Mario Börngen begrüßt das politische Ziel des Rechtsanspruchs als wichtigen Schritt für mehr Bildungsgerechtigkeit, für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für ein zukunftsfähiges Bildungssystem, warnt aber vor fehlenden „tragenden Pfeilern“ (Personal, Finanzierung, verlässliche Strukturen).
- **Dr. Pia Rother (Universität Mainz):** Pia Rother kritisiert, dass der Ganztagsdiskurs primär „erwachsenenzentriert“ ist und Kinder politisch unsichtbar bleiben, obwohl von subjektorientierter Ganztagsbildung die Rede ist.
- **Thomas Obeth (Landeselternbeirat):** Thomas Obeth begrüßt den Rechtsanspruch als Schritt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Stärkung der Bildungsteilhabechancen aller Kinder, sieht aber große Skepsis und Unsicherheiten. Eltern wünschen sich Wahlfreiheit und Flexibilität.
- **Luca Dobrita (Landeschüler\*innenvertretung):** Luca Dobrita positioniert sich klar für die Einführung des Ganztags und einen flächendeckenden Ausbau von „echten Ganztagschulen“ mit hochwertiger Bildung und freiem Zugang für alle Schüler\*innen.
- **Birgid Oertel (Elternbund Hessen):** Birgid Oertel sagt, dass sie dem Start des Rechtsanspruchs mit „Unruhe und Unsicherheit“ entgegensieht, da viele Fragen offen sind und Umstrukturierungen in Gemeinden Eltern verunsichern. Sie befürchtet Einbußen in der Qualität.
- **Heidi Fischer (Grundschulverband):** Heidi Fischer begrüßt die Einführung des Rechtsanspruchs, sieht den „Pakt für den Ganzttag“ aber primär als Betreuungsangebot, das weit entfernt von einer „Schule am ganzen Tag für alle Kinder“ ist und keine echte Bildungsgerechtigkeit schafft.
- **Susanne Johann / Sem Jenai (Landesverband Hessen des Ganztagschulverbandes):** Susanne Johann und Sem Jenai begrüßen den Rechtsanspruch ausdrücklich als Meilenstein zu mehr Bildungsgerechtigkeit und ganzheitlicher Förderung aller Kinder, unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Lebenssituation.
- **Jürgen Metzger (Antoniushaus gGmbH):** Jürgen Metzger begrüßt das Vorhaben als sinnvoll und notwendig. Er forderte aber, dass alle Personengruppen, insbesondere Schüler\*innen in privaten Förderschulen, berücksichtigt werden müssen.

- **Ulrike Berger (ASB Lehrerkooperative):** Ulrike Berger begrüßt die Entscheidung für den Ganzttag als „mega mega wichtig“ für die Kinder. Sie kritisierte aber, dass Politik, Kommune etc. „gepennt“ hätten, da der Rechtsanspruch nicht erst seit gestern bekannt sei. Die Vermischung zweier Systeme (Schulgesetz und SGB VIII) sei eine Herausforderung.
- **Steve Kote (ASB Lehrerkooperative, Betriebsrat):** Steve Kote betont die Wichtigkeit der Arbeit der Kolleg\*innen an Schulen für die schwächsten Kinder und Bildungschancen.
- **Tina Simon (Bündnis Kindgerechter Ganzttag):** Nach Ansicht von Tina Simon besteht eine große Chance, aber auch eine ebenso große Verantwortung; der Rechtsanspruch dürfe keine „Mogelpackung“ werden.
- **Susanne Hilf (Landesvereinigung Kulturelle Bildung):** Susanne Hilf sagt, dass sie den Ganzttag als Chance für eine bildungspolitische Reform sieht, sofern er aus Kinderperspektive gedacht ist. Sie teilt die Sorge um fehlende Verbindlichkeiten und ungeklärte Finanzierungsfragen.
- **Tim Döring (Sportjugend Hessen):** Tim Döring sagt, dass er den Ganzttag als Chance sieht, Bewegung, Spiel und Sport als tragende Säulen zu verankern.
- **Nadine Wacker (Hessischer Jugendring):** Nadine Wacker begrüßt den Ausbau der Ganztagsbetreuung grundsätzlich als große Chance für Bildungs- und Teilhabechancen sowie für die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule.

## 2. Personal

Es bestand unter den Anzuhörenden ein breiter Konsens, dass der Personalmangel die größte Herausforderung für die Umsetzung des Rechtsanspruchs darstellt.

- **Personelle Ausstattung und Schlüssel:**
  - **Alexander Schaposchnikov (Hessischer Städtetag):** Der Personalmangel sei die „Achillesferse“ der Ganztagsentwicklung. Der Einsatz von Lehrkräften in der Betreuung wäre zu kostspielig und angesichts des akuten Lehrermangels nicht umsetzbar.
  - **Mario Börngen (Landkreis Groß-Gerau):** Fordert eine Zielmarke von 1:15 für den Personalschlüssel, ergänzt um Zuschläge für Inklusion, Leitung, Vertretung sowie Vor- und Nachbereitung.
  - **Jürgen Metzger (Antoniushaus gGmbH):** Ein Betreuungsschlüssel von 1:15 sei für schwerstbehinderte Kinder mit medizinischem Pflegebedarf oder Selbst- und Fremdgefährdung nicht ausreichend.
  - **GEW (Hintergrundinformation):** Tragfähige Ganztagsprogramme erfordern gut qualifiziertes pädagogisches Personal (Lehrkräfte, Erzieherinnen, Sozialpädagoginnen), das bereits jetzt überall fehlt. Die Personalstatistiken zum Ganzttag werden nicht erhoben, was eine qualitätsbasierte Steuerung unmöglich macht. Das Land zahlt Stellen im Ganztagsprogramm zum Teil in Geld aus, das dann z.B. von Fördervereinen zur Beschäftigung von Personen genutzt wird, über deren Beschäftigungsverhältnisse keine Angaben existieren. Die GEW hat modellhafte Bedarfsberechnungen angestellt, die – ausgehend vom Schuljahr 2020/21 – bis 2029/30 einen zusätzlichen Bedarf von 49.100 (Szenario 1) bzw. 66.800 (Szenario 2) Plätzen ergeben. Bei einem Personalschlüssel von 1:10 wären zusätzlich 3.615 (S1) bzw. 4.913 (S2) Erzieherinnen in Vollzeitäquivalenten erforderlich. Falls ein Viertel des pädagogischen Personals Lehrkräfte sein sollten, wären es zusätzlich 1.297 (S1) bzw. 1.762 (S2) Lehrkräfte. Es wird bezweifelt, dass ausreichend Personal zur Verfügung stehen wird, da schon jetzt Erzieherinnen in Kitas fehlen und der Anteil der Lehrkräfte ohne Lehramtsqualifikation an Grundschulen bei rund 14 Prozent liegt.
- **Qualifikation und Weiterbildung:**
  - **Sylvia Weber (Stadt Frankfurt):** Fordert eine Gesamtstrategie von Bund und Ländern für die Fachkräftegewinnung und eine schnellere, flexiblere Anerkennung im Ausland erworbener pädagogischer Kompetenzen.
  - **Mario Börngen (Landkreis Groß-Gerau):** Fordert die Stärkung des Qualifikationsniveaus, mittelfristig mindestens 50 Prozent Fachkräfte. Es brauche landesweite Standards und klare Qualitätsstrategien auch für „Nicht-Fachkräfte“.
  - **Susanne Johann / Sem Jenai (Landesverband Hessen des Ganztagschulverbandes):** Fordern standardisierte Fort- und Weiterbildungsangebote auch für bisher nicht ausreichend qualifiziertes Personal.
  - **Tina Simon (Bündnis Kindgerechter Ganztag):** Fordert eine einheitliche, verpflichtende Qualifikation für alle, die im Ganztag arbeiten, orientiert an pädagogischen Prinzipien der Kinder- und Jugendhilfe und zugeschnitten auf die Arbeit an Grundschulen, gemeinsam mit Lehrkräften.
  - **Susanne Hilf (Landesvereinigung Kulturelle Bildung):** Die kulturellen Bildungsträger verfügen über erfahrenes und hochqualifiziertes Personal. Wünscht sich die Einbindung von Ausbildungsgängen für multiprofessionelles und interdisziplinäres Arbeiten.

- **Tim Döring (Sportjugend Hessen):** Bestätigt den Bedarf an Qualifizierung für Übungsleiter\*innen der Vereine und Sportlehrkräfte, da der Sport im Ganzttag anders sei als im Verein oder Sportunterricht. Konzepte hierfür seien vorhanden, aber die Finanzierungsfrage offen.
- **GEW (Hintergrundinformation):** Die Evaluation des „Pakts für den Nachmittag“ zeigte, dass eingesetztes Personal zum Teil keine pädagogische Ausbildung hatte und geringfügig beschäftigt war. Ohne Ausbau der Ausbildungskapazitäten dürfte der Ganztagsausbau kaum gelingen.

### Bezahlung und Arbeitsbedingungen:

- **Dorit Schöber (Hauptpersonalrat Schule):** Spricht sich klar gegen die Forderungen des Hessischen Städtetages aus, dass Lehrkräfte Betreuungsaufgaben übernehmen sollen, da dies die teuerste Variante sei. Lehrkräfte würden in der Hausaufgabenbetreuung/Lernzeit nicht entsprechend ihrer Profession bezahlt (z.B. nur 30 statt volle Lehrerstunde).
- **Alexander Schaposchnikov (Hessischer Städtetag):** Fordert „flexible Vorgaben“ für das Personal, um unter erschwerten Bedingungen das Mögliche zu machen, z.B. durch den Einsatz von Übungsleitern, die Weiterbildungen absolvieren.
- **Susanne Johann / Sem Jenai (Landesverband Hessen des Ganztagschulverbandes):** Fordern eine faire, tariforientierte und attraktive Vergütung, um den Beruf langfristig aufzuwerten.
- **Steve Kote (ASB Lehrerkooperative, Betriebsrat):** Beschreibt schwierige und belastende Arbeitsverhältnisse, Personalmangel und hohe Ausfallzeiten. Viele Beschäftigte sind befristet angestellt, arbeiten in Teilzeit und erhalten keine angemessene Anerkennung; Schutz vor Gewalt ist ein Thema. Fordert unbefristete Arbeitsverträge, Qualifizierungsangebote, Supervision, Tariflohn für alle, Vollzeitmöglichkeiten, flexible Arbeitszeiten und altersgerechte Bedingungen für ältere Beschäftigte (z.B. zusätzliche Regenerationstage). Sieht das Risiko, dass die Belastungen und damit die Fluktuation weiter zunehmen. Kritisiert, dass Konzepte entwickelt werden, ohne die Vergütung zu klären, was auch freie Träger betrifft. Fordert „ein Betrieb, ein Arbeitgeber, ein Tarif und eine Arbeitnehmervertretung“ als Voraussetzung für multiprofessionelle Zusammenarbeit.
- **Susanne Hilf (Landesvereinigung Kulturelle Bildung):** Fordert angemessene und faire Honorare sowie Klärung steuerlicher und sozialversicherungsrechtlicher Rahmenbedingungen für ihre Fachkräfte.
- **Tim Döring (Sportjugend Hessen):** Fordert eine einheitliche, transparente und langfristige Förderung, da Übungsleiterinnen und Trainerinnen als qualifizierte Fachkräfte anerkannt und fair vergütet werden müssen.
- **GEW (Hintergrundinformation):** Der Wert einer vom Land in Geld umgewandelten Lehrerstelle liegt mit 54.000 Euro deutlich unter den tatsächlichen Kosten einer Lehrkraft. Dies führt in den meisten Fällen zu einem „Flickwerk von Honorarverträgen“ ohne Tarifbindung, in Scheinselbständigkeit und ohne Vertretung durch Personal- oder Betriebsräte.
- **GEW (Hintergrundinformation):** Ohne bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen wird der Ganztagsausbau kaum gelingen.

- **Beteiligung der Beschäftigten:**

- **Dorit Schößer (Hauptpersonalrat Schule):** Fühlt sich teilweise nicht ausreichend in die Planung des Landes eingebunden und ist dankbar für Informationen über Probleme (z.B. Zwang zu Profil 3).
- **Steve Kote (ASB Lehrerkooperative, Betriebsrat):** Der Personalmangel und die hohen Ausfallzeiten schlagen sich auch auf das Engagement in Arbeitnehmervertretungen nieder, so dass aktuell niemand aus dem schulischen Ganztag den Bereich im Betriebsrat vertritt.

### 3. Infrastruktur

Die räumliche Situation an den Schulen ist eine erhebliche Herausforderung.

- **Räumlichkeiten und Ausstattung:**
  - **Alexander Schaposchnikov (Hessischer Städtetag):** Sieht weiterhin Verbesserungsbedarf bei den Räumlichkeiten, z.B. bei provisorischen Mensen.
  - **Sylvia Weber (Stadt Frankfurt):** Es gibt weiterhin bauliche Herausforderungen. Frankfurt hebt die räumliche Trennung von Unterricht und Betreuung auf und strebt eine integrierte, multifunktionale Raumnutzung an, bei der mehrere Unterrichts- und Funktionsräume zu einer Einheit gebündelt werden. Der zugewiesene Freiraum soll ein qualifizierter Bildungsraum sein („mehr als Schulhof“). Für Schulen, die baulich nicht erweitern können, bleiben die Möglichkeiten der multifunktionalen Raumnutzung innerhalb der Schule und der Einsatz von Horten im Quartier. Neubauten und Sanierungen sind auf Ganztagsbetrieb ausgelegt.
  - **Thomas Obeth (Landeselternbeirat):** Macht sich große Sorgen über die schlechte räumliche Ausstattung vieler Schulen, die schon für den Normalbetrieb gilt und die sinnvolle Ganztagsverwirklichung behindert.
  - **Luca Dobrita (Landeschüler\*innenvertretung):** Fordert, dass Ganztagschulen keine finanziellen Belastungen für Kommunen darstellen und „Lebensraum“ sind, in dem Lernen, Leben und Persönlichkeitsentwicklung verbunden sind.
  - **Heidi Fischer (Grundschulverband):** Fordert eine hochwertige, gesundheitsfördernde und ansprechende Lernumgebung, die den unterschiedlichen Bedürfnissen von Kindern und Erwachsenen gerecht wird (barrierefrei, inklusiv, funktional).
  - **Susanne Johann / Sem Jenai (Landesverband Hessen des Ganztagschulverbandes):** Unterrichtsräume allein genügen nicht; Ganztagschulen benötigen eigene Räume für Freizeit, Rückzug, Hausaufgaben, Essen und Sport.
  - **Jürgen Metzger (Antoniushaus gGmbH):** Hinterfragt, welche Schulen mit Therapieräumen, Pflegeräumen und entsprechendem Fachpersonal ausgestattet sind, um schwerstbehinderte Kinder im Ganztage betreuen zu können.
  - **Ulrike Berger (ASB Lehrerverband):** Berichtet über den „desolaten Zustand der Schulgebäude und Container“. Schüler\*innen wünschen sich bessere Toiletten. Einige Schulen können nicht in den Ganztage gehen, da sie baulich nicht „ganztagsfähig“ sind. Es gäbe Probleme, wenn freie Träger Küchen sponsern wollen, aber das Hessische Schulgesetz dies nicht zulasse.
  - **Tina Simon (Bündnis Kindgerechter Ganztage):** Kinder brauchen eigene Räume, keine Notlösungen in Containern oder mitgenutzte Klassenzimmer. Benötigt werden Rückzugsorte, Bewegungsflächen, Ruhezonen.
  - **Susanne Hilf (Landesvereinigung Kulturelle Bildung):** Wünscht sich frühzeitige Einbindung in den Schulbau, um kreative Lösungen für Aulen, Tonstudios, Multifunktionsräume oder freie Spiel- und Erholungsräume zu entwickeln. Museen, Theater, Bibliotheken, soziokulturelle Zentren sollten eingebunden werden.
  - **Tim Döring (Sportjugend Hessen):** Bewegungsräume müssen bei Neubau und Umbau mitgedacht und gebaut werden und nach Schulschluss für freies Spiel und Bewegung offenstehen.
  - **GEW (Hintergrundinformation):** Beim „Pakt für den Nachmittag“ wurde stark auf multifunktionale Nutzung bestehender Räume gesetzt, was dazu führte, dass Mittagessen und Nachmittagsbetreuung teilweise in Klassenräumen stattfanden und Rückzugsmöglichkeiten fehlten. Eine Evaluation des Paktes zeigte, dass fast zwei

Drittel der Schulleitungen angaben, dass die räumlichen Ressourcen „eher bis gar nicht“ zu den pädagogischen Konzepten passten.

- **Mittagessen und Hygiene:**
  - **Alexander Schaposchnikov (Hessischer Städtetag):** Sieht Verbesserungsbedarf bei provisorischen Mensen.
  - **Thomas Obeth (Landeselternbeirat):** Fordert ein gesundes Essensangebot in entsprechender Atmosphäre.
  - **Luca Dobrita (Landeschüler\*innenvertretung):** Fordert eine gesunde und kostenfreie Schulverpflegung, die für alle zugänglich ist.
  - **Susanne Johann / Sem Jenai (Landesverband Hessen des Ganztagschulverbandes):** Fordern ein gemeinschaftliches Mittagessen, das kostenfrei und pädagogisch begleitet ist.
  - **Tina Simon (Bündnis Kindgerechter Ganztag):** Fordert eine gesunde, kindgerechte Verpflegung als Grundvoraussetzung für Bildung und Wohlbefinden.
- **Außenanlagen und klimatische Einwirkungen:**
  - **Sylvia Weber (Stadt Frankfurt):** Betont die Bedeutung von Freiraum als qualifizierten Bildungsraum, der mehr als nur ein Schulhof ist.
  - **Heidi Fischer (Grundschulverband):** Die Räume müssen den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht werden.
  - **GEW (Hintergrundinformation):** Die von Bund bereitgestellten Mittel für Investitionen in die Infrastruktur (3,5 Milliarden Euro vom Bund, gemäß Königsteiner Schlüssel entfallen rund 260 Millionen Euro auf Hessen) dürften angesichts des bestehenden Investitionsstaus an den Schulen kaum ausreichen und seien „kaum mehr als der oft bemühte Tropfen auf den heißen Stein“.

## 4. Konzepte

Die Konzepte für den Ganzttag müssen vielfältige pädagogische, soziale und integrative Aspekte berücksichtigen, wobei die Kinderperspektive und multiprofessionelle Zusammenarbeit zentral sind.

- **Pädagogischer Mittagstisch:**
  - **Mario Börngen (Landkreis Groß-Gerau):** Berichtet, dass ein pädagogischer Mittagstisch angedacht sei, die Umsetzung aber individuell an Schulen angepasst werden müsse (z.B. Mensa-Ausstattung, Entwicklungsstand der Schule). Er wünscht sich die Begleitung durch Lehrkräfte.
  - **Thomas Obeth (Landeselternbeirat):** Ein pädagogischer Mittagstisch ist im Interesse der Eltern.
  - **Susanne Johann / Sem Jenai (Landesverband Hessen des Ganzttagsschulverbandes):** Fordern ein kostenfreies und pädagogisch begleitetes Mittagessen.
- **Partizipation der Kinder:**
  - **Heike Hofmann (Hessische Sozialministerin):** Beteiligung der Kinder sei bereits gesichert, müsse aber noch niedrigschwelliger erfolgen, z.B. durch Online-Befragungen oder kindgerechte Quizze. Sie lobt Dr. Rothers Vortrag, der die Kinderperspektive wissenschaftlich beleuchtet hat.
  - **Dr. Pia Rother (Universität Mainz):** Kinder sind Expert\*innen für ihre Lebenswelt und wollen Akteure ihrer Lebenswelt sein und ernst genommen werden. Partizipation muss über Beteiligungsformate wie „Meckerkästen“, Vertrauenspersonen, Sprecherrollen, Kinderparlamente oder Kinderräte erfolgen. Sie merkt an, dass Kinder politisch unsichtbar sind und der Ganzttag primär erwachsenenzentriert gedacht wird. Kinder wünschen sich mehr Mitspracherecht bei Entscheidungen, Regeln, Raumgestaltung und Mittagessen. Sie wollen Wahlfreiheit bei Angeboten und dass ihre Grenzen akzeptiert werden. Was Kinder wollen: echte Erfahrungen, unterstützendes Personal, Freiräume, Privatsphäre, aktiv entspannen, Peer-Kontakte, plausible Regeln, etwas erledigen, ernst genommen werden, selbstbestimmt sein (besonders beim Essen), Akzeptanz ihrer Grenzen, und im Ganzttag etwas anderes erleben als im Unterricht. Das Curriculum komme in der „idealen Schule“ kaum vor; der Ganzttag solle anders sein als Schule/Unterricht.
  - **Sylvia Weber (Stadt Frankfurt):** Schulen und Träger müssen Kinderbeteiligung bei der Konzepterstellung sicherstellen.
  - **Luca Dobrita (Landeschüler\*innenvertretung):** Schüler\*innen müssen ein Mitspracherecht bei der Ausgestaltung des Ganztags haben, z.B. in SV-Stunden, Gremien oder Wahlgruppen; Partizipation darf kein freiwilliges Extra sein, sondern muss fester Bestandteil der schulischen Kultur werden. Er beklagt, dass die LSV sich auf Landesebene und kommunaler Ebene oft nicht ausreichend beteiligt fühlt.
  - **Susanne Johann / Sem Jenai (Landesverband Hessen des Ganzttagsschulverbandes):** Kinder sollen nicht nur betreut, sondern aktiv in die Gestaltung ihrer Lernwelt einbezogen werden, was klare Konzepte und altersgerechte Formate der Mitbestimmung erfordert.
  - **Tina Simon (Bündnis Kindgerechter Ganzttag):** Kinder haben ein Recht auf Mitbestimmung und sind Expert\*innen für ihre Lebenswelt; Einbindung durch Kinderparlamente, Feedbackformate, Mitgestaltung von Angeboten ist demokratische Bildung im Alltag und braucht qualifiziertes Personal.
  - **Susanne Hilf (Landesvereinigung Kulturelle Bildung):** Betont echte Beteiligung und selbstorganisierte Freiräume.

- **Nadine Wacker (Hessischer Jugendring):** Der Ganzttag muss die Interessen, Bedürfnisse und Rechte von Kindern ernst nehmen, sie fördern und ihnen echte Mitbestimmung und Mitgestaltung ermöglichen.
- **Zeitliche Struktur und Angebote:**
  - **Heike Hofmann (Hessische Sozialministerin):** Betont die Rhythmisierung des Ganztags.
  - **Luca Dobrita (Landeschüler\*innenvertretung):** Der Nachmittag kann mit flexiblen Unterrichtszeiten statt starrer 45 Minuten gestaltet werden, um abwechslungsreiches und kind- und jugendgerechtes Lernen zu ermöglichen.
  - **Heidi Fischer (Grundschulverband):** Fordert mehr Bildungszeit in entsprechenden rhythmisierten Tagesabläufen und eine bessere Vernetzung von Schule und Betreuung, damit alle (Kinder und Erwachsene) sich wohlfühlen.
  - **Susanne Johann / Sem Jenai (Landesverband Hessen des Ganzttagsschulverbandes):** Fordern eine verbindliche rhythmisierte Tagesstruktur und verbindliche Angebote.
  - **GEW (Hintergrundinformation):** Die „Richtlinie für ganztägig arbeitende Schulen in Hessen“ unterscheidet zwischen drei Profilen (Profil 1, 2, 3) und dem „Pakt für den Ganzttag“. Nur Profil 3 versteht sich als gebundener Ganzttag mit Rhythmisierung von Unterricht über Vor- und Nachmittag. Der „Pakt für den Ganzttag“ orientiert sich an Profil 2-Kriterien und bietet freiwillige Teilnahme sowie Ferienangebote.
- **Multiprofessionelle Zusammenarbeit:**
  - **Heike Hofmann (Hessische Sozialministerin):** Das Sozialministerium kann Expertise aus der frühkindlichen Bildung einbringen, wo bereits in multiprofessionellen Teams gearbeitet wird. Die Perspektive der Kinder- und Jugendhilfe sei ein Gewinn für den Ganzttag. Sie verweist auf den Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) von 0-10 Jahren, der multiprofessionelle Teams und Kooperation verankert.
  - **Sylvia Weber (Stadt Frankfurt):** Multiprofessionelle Zusammenarbeit hat einen sehr hohen Stellenwert und wird bereits gelebt; Schulen und Träger arbeiten eng zusammen. Grundschulen und Horte setzen den Rechtsanspruch gemeinsam als „Verantwortungsgemeinschaft“ um.
  - **Heidi Fischer (Grundschulverband):** Multiprofessionelle Personalausstattung, qualitätsvolle Fachkräfte, Kooperation und Teamarbeit sind unerlässlich. Es sei schwierig als Schulleiterin, mit dem Ganzttagsteam und dem Kollegium gemeinsam Schule zu gestalten und zu planen, da dafür Zeit und Ressourcen fehlen.
  - **Susanne Johann / Sem Jenai (Landesverband Hessen des Ganzttagsschulverbandes):** Fordern eine multiprofessionelle Teamarbeit aus Lehrkräften, Erzieherinnen, Sozialarbeiterinnen und weiteren Fachkräften.
  - **Tina Simon (Bündnis Kindgerechter Ganzttag):** Ganzttag gelingt nur im Team mit Lehrkräften, sozialpädagogischen Fachkräften, Honorarkräften und außerschulischen Partnern. Diese Teams brauchen gemeinsame Fortbildung, Zeit und Raum für Supervision und strukturelle Unterstützung.
  - **Susanne Hilf (Landesvereinigung Kulturelle Bildung):** Betont die große Chance multiprofessioneller Teams; kulturelle Fachkräfte sind gleichberechtigte Mitgestaltende und Bildungspartner.
  - **Steve Kote (ASB Lehrerverbände, Betriebsrat):** Spricht von der Notwendigkeit der multiprofessionellen Zusammenarbeit auf Augenhöhe.
  - **Nadine Wacker (Hessischer Jugendring):** Ein zentrales Element für den Erfolg des Ganztags ist die intensive Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule. Sie braucht Verbindlichkeit, Offenheit und „Augenhöhe“.

- **GEW (Hintergrundinformation):** Klaus Klemm weist auf die hohe Bedeutung der Zusammenarbeit von Erzieher\*innen und Lehrkräften im außerunterrichtlichen Bereich hin.
- **Integration von örtlichen Vereinen und außerschulischen Partnern:**
  - **Sylvia Weber (Stadt Frankfurt):** Zusammenarbeit von Grundschulen und anderen Akteuren im Quartier, z.B. Vereinen, sei selbstverständlich; Abstimmung über Quartierskonferenzen.
  - **Thomas Obeth (Landeselternbeirat):** Schulen sollen sich öffnen, damit Vereine und Angebote aus den Stadtteilen/Quartieren in den Ganzttag einbezogen werden können.
  - **Luca Dobrita (Landeschüler\*innenvertretung):** Fordert eine verbindliche Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern aus den Bereichen Sport, Kultur und Sozialarbeit.
  - **Heidi Fischer (Grundschulverband):** Ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote brauchen stabile Netzwerke im Sozialraum und Kooperationen mit außerschulischen Partnern, damit Schule auch ein Ort der Begegnung wird.
  - **Tina Simon (Bündnis Kindgerechter Ganzttag):** Kooperation mit Vereinen und Trägern der Jugendhilfe sowie eine Verankerung im Sozialraum ist essentiell und muss strukturell ermöglicht werden. Die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit ist eine besondere Stellschraube.
  - **Susanne Hilf (Landesvereinigung Kulturelle Bildung):** Kulturelle Bildungsträger sind bereit, sich mit ihrer Expertise einzubringen.
  - **Tim Döring (Sportjugend Hessen):** Die 7.500 Sportvereine in Hessen können Bewegung, Spiel und Sport im Ganzttag verankern. Sie müssen systematisch in die Gestaltung des Ganztags eingebunden werden, ihre Arbeit sei relevanter Teil des Bildungsauftrags. Das Landesprogramm „Schule und Verein“ müsse strukturell weiterentwickelt, entbürokratisiert und finanziell aufgestockt werden.
  - **Nadine Wacker (Hessischer Jugendring):** Jugendverbände und freie Träger der Jugendhilfe sollen aktiv in den Ganzttag eingebunden werden (AGs, Formate). Es müsse aber auch weiterhin Freiräume außerhalb der Schule geben; keine „Aufbewahrung von 8 bis 17 Uhr“. Ferienangebote der Jugendarbeit sind etabliert und müssen erhalten bleiben, nicht ersetzt oder instrumentalisiert werden. Fordert regionale Koordinierungsstellen in Trägerschaft der Jugendhilfe als Schnittstelle.
- **Inklusive Beschulung und Teilhabeassistenzen:**
  - **Heike Hofmann (Hessische Sozialministerin):** Fordert inklusive Konzepte.
  - **Mario Börngen (Landkreis Groß-Gerau):** Inklusion ist integrativer Bestandteil einer gelingenden Ganztagsbildung.
  - **Birgid Oertel (Elternbund Hessen):** Wenn ein inklusives Angebot im Ganzttag gewünscht ist, dürfen Therapien am Nachmittag nicht vergessen werden. Sie schlägt vor, dass Schulen Therapien anbieten sollten (Physiotherapie, Ergotherapie) und verweist auf Dänemark, wo Zahnärzte in Schulen arbeiten.
  - **Susanne Johann / Sem Jenai (Landesverband Hessen des Ganztagschulverbandes):** Kinder mit Unterstützungsbedarf müssen auch im Ganzttag Teil der Gemeinschaft sein durch barrierefreie Räume, Teilhabeassistenzen und differenzierte Förderangebote.
  - **Jürgen Metzger (Antoniushaus gGmbH):** Der Personenkreis der schwerstbehinderten Kinder werde nicht ausreichend berücksichtigt. Teilhabeassistenz laufe über SGB IX, sei aber nur für die Schulzeit berücksichtigt; für Ferienzeiten gebe es keine Teilhabeassistenz. Dies sei ungeklärt und bedürfe einer

gesetzlichen Regelung. Private Förderschulen bräuchten automatische Anerkennung als Träger nach SGB VIII, wenn sie Ganztagsbetreuung anbieten.

- **Tina Simon (Bündnis Kindgerechter Ganzttag):** Ganzttag muss inklusive Bildung selbstverständlich berücksichtigen, was barrierefreie Räume, Teilhabeassistenzen und einen besonderen Fokus auf Ferien einschließt. Individuelle Förderung für alle Kinder, unabhängig von Herkunft, Beeinträchtigung und sozialem Status sei besonders ausschlaggebend.
- **Kooperation Kita und Grundschule:**
  - **Heike Hofmann (Hessische Sozialministerin):** Das Sozialministerium, zuständig für frühkindliche Bildung, bringt die Expertise aus den Kitas ein, die seit jeher ganztägig arbeiten und professionell in multiprofessionellen Teams unterwegs sind. Sie sehen eine gute Verzahnung von Ganzttag und Kinder- und Jugendhilfe als wichtig an.

## 5. Finanzen

Die Finanzierung des Ganztags ist eine zentrale Streitfrage, wobei die Kommunen eine unzureichende Unterstützung durch das Land und den Bund beklagen.

- **Aktuelle Finanzierungsmodalitäten und zusätzliche Bedarfe:**
  - **Alexander Schaposchnikov (Hessischer Städtetag):** Die Hilfen vom Bund seien bei weitem nicht ausreichend; eine hessenweite Umfrage habe einen „offenen Betrag von einer Milliarde Euro“ (Investitionen) oder mehr ergeben. Preissteigerungen von ca. 50% seien nicht berücksichtigt. Auch die Betriebskosten würden nicht durch die Bundeshilfen gedeckt (10 Mio. Euro für ganz Hessen 2026, aber eine mittelgroße Kommune bräuchte das Dreifache). Die Situation sei „sehr dramatisch“, Kommunen stünden „mit dem Rücken zur Wand“. Er fordert mehr Unterstützung vom Land für Investitionen. Das Abkommen zwischen Bund und Ländern sei so gestaltet, dass die Konnexitätsverpflichtung (wer die Kosten einer neuen Aufgabe trägt) nicht greife.
  - **Sylvia Weber (Stadt Frankfurt):** Die aktuelle Finanzierung sei nicht auskömmlich, die Hauptlast liege bei den Kommunen und erschwere den weiteren Ausbau erheblich. Der aktuelle Ganzttag in Frankfurt werde zu 72 Prozent von der Stadt, 9 Prozent vom Land und 13 Prozent über Elternbeiträge finanziert. Frankfurt benötige 200-250 Millionen Euro für Neubau und 50 Millionen Euro pro Jahr für Betriebskosten.
  - **Mario Börngen (Landkreis Groß-Gerau):** Die gegenwärtige Finanzierungslage sei unzureichend, ein erheblicher Teil der laufenden Betriebskosten verbleibe bei den Kommunen und sei dauerhaft nicht leistbar. Er fordert eine transparente Kostenaufstellung des Landes, eine verbindliche Konnektivitätsregelung und eine dynamische Finanzierung. Der Landkreis Groß-Gerau rechnet ab 2029 mit einem laufenden Finanzierungsbedarf von rund 37 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich zu Investitionskosten im dreistelligen Millionenbereich.
  - **Jürgen Metzger (Antoniushaus gGmbH):** Private Förderschulen werden im Ganztagsbereich nicht über das Ersatzschulfinanzierungsgesetz abgedeckt, was eine Lücke darstellt. Es gebe derzeit keine Finanzierung für die Ganztagsbetreuung an privaten Förderschulen.
  - **Tina Simon (Bündnis Kindgerechter Ganzttag):** Die Umsetzung des Rechtsanspruchs dürfe nicht auf die Kommunen und Schulträger abgewälzt werden. Das Land Hessen müsse zusätzliche Mittel und Strukturen für die gemeinsame Verantwortung

- bereitstellen (z.B. Sonderinvestitionsfonds für Räume, Qualifizierung, multiprofessionelle Teams oder langfristig zweckgebundene Landesmittel).
- **Susanne Hilf (Landesvereinigung Kulturelle Bildung):** Die Finanzierung müsse realistisch, tragfähig und zukunftsweisend kalkuliert und finanziert werden.
  - **Tim Döring (Sportjugend Hessen):** Das Landesprogramm „Schule und Verein“ müsse finanziell aufgestockt werden.
  - **GEW (Hintergrundinformation):** Der Bund unterstützt den Ganztagsausbau mit Finanzhilfen von bis zu 3,5 Milliarden Euro für Infrastruktur und wird sich ab 2026 auch an den laufenden Kosten beteiligen, die bis 2030 auf 1,3 Milliarden Euro anwachsen sollen. Laut Königsteiner Schlüssel entfallen auf Hessen rund 260 Millionen Euro bzw. knapp 100 Millionen Euro. Die GEW hat die Kosten für zusätzlich einzustellende Erzieher\*innen bei einem Personalschlüssel von 1:10 berechnet: bis zu 315 Millionen Euro pro Jahr bis 2029/30 (Szenario 2). Wenn Lehrkräfte (25% des pädagogischen Personals) einbezogen werden, erhöhen sich die Gesamtkosten auf bis zu 484 Millionen Euro pro Jahr.
- **Gebühren und soziale Staffelung:**
    - **Thomas Obeth (Landeselternbeirat):** Das Angebot sollte kostenfrei sein, um soziale Benachteiligung zu vermeiden und sicherzustellen, dass der Ganzttag auch die Kinder erreicht, die ihn am meisten benötigen.
    - **Luca Dobrita (Landeschüler\*innenvertretung):** Der Ganzttag muss „kostenfrei“ und „barrierefrei“ sein.
    - **Heidi Fischer (Grundschulverband):** Fordert eine kostenfreie und wohnortunabhängige Teilnahme.
    - **Susanne Johann / Sem Jenai (Landesverband Hessen des Ganzttagsschulverbandes):** Ein kostenfreies Ganztagsangebot sei das Ziel; falls Beiträge nötig sind, dann nur sozial gestaffelt.
    - **Birgid Oertel (Elternbund Hessen):** Spricht sich dafür aus, dass die Angebote kostenfrei sind, um soziale Unterschiede abzubauen.

## Zusammenfassendes Resümee und Ausblick

Die Anhörung hat die vielfältigen und komplexen Herausforderungen bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in Hessen deutlich gemacht. Die GEW und die anwesenden Expert\*innen waren sich einig, dass der Ganzttag eine große Chance für Bildungsgerechtigkeit und die ganzheitliche Entwicklung von Kindern darstellt.

Hauptkritikpunkte sind:

- **Fehlende Datenlage:** Es existieren kaum belastbare Daten zum Personal im Ganzttag in Hessen, was eine fundierte Planung und Steuerung erschwert und als „Blindflug“ bezeichnet wird.
- **Personalmangel:** Es fehlt an qualifiziertem pädagogischem Personal (Lehrkräfte, Erzieherinnen, Sozialpädagoginnen), und die aktuellen Arbeitsbedingungen sind oft prekär, was die Fluktuation erhöht und die Qualität der Angebote gefährdet.

- **Unzureichende Finanzierung:** Die vom Bund und Land bereitgestellten Mittel reichen nicht aus, um die hohen Investitions- und laufenden Betriebskosten zu decken, die maßgeblich bei den Kommunen verbleiben.
- **Infrastrukturdefizite:** Viele Schulen sind räumlich nicht auf den Ganztagsbetrieb ausgelegt; es mangelt an geeigneten Funktions-, Ruhe- und Bewegungsräumen sowie an adäquaten Mensen und sanitären Einrichtungen.
- **Fehlende verbindliche Standards und Koordination:** Es mangelt an klaren, einheitlichen Vorgaben für die pädagogische Qualität, die Personalschlüssel und die Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure (Schule, freie Träger, Vereine, Jugendhilfe) ist noch nicht flächendeckend auf Augenhöhe etabliert und bedarf struktureller Unterstützung, z.B. durch Koordinierungsstellen.
- **Unzureichende Kinderbeteiligung:** Kinder werden oft nicht ausreichend in die Gestaltung ihres Ganztags einbezogen, obwohl sie die Expert\*innen für ihre Lebenswelt sind.
- **Herausforderungen bei der Inklusion und Ferienbetreuung:** Speziell die Situation von Kindern mit Behinderung, deren Betreuung einen anderen Personalschlüssel und besondere Räumlichkeiten erfordert, sowie die Sicherstellung der Ferienbetreuung und Teilhabeassistenzen sind noch unzureichend geregelt und finanziert.

Mehrere Teilnehmende forderten eine stärkere finanzielle Unterstützung des Landes, die Bereitstellung ausreichender personeller Ressourcen und eine klare Definition von Qualitätsstandards. Die Idee eines kostenfreien Ganztagsangebots wurde mehrfach genannt, um soziale Ungleichheiten nicht zu verstärken. Das Beispiel Thüringens, wo Lehrkräfte und Erzieher\*innen bei einem Arbeitgeber beschäftigt sind und der Rechtsanspruch bereits seit 2010 besteht, wurde als positives Modell hervorgehoben.

Thilo Hartmann bedankte sich bei den Expertinnen für ihre umfassenden Stellungnahmen und die Beantwortung der Fragen. Er betonte, dass die GEW alle Informationen an das Kultusministerium weiterleiten werde, da dort die inhaltliche Ausgestaltung des Ganztags angesiedelt sei. Er schloss mit dem Appell, dass ein „konzertiertes Zusammenarbeiten der verschiedenen Ministerien, der verschiedenen Playerinnen“ notwendig sei, um einen „gelingenden, kindgerechten, inklusiven Ganztags“ zu schaffen und das Bildungssystem auf einen neuen Stand zu bringen.